

Die grün-schwarze Koalition will im Haushalt der Stadt für 2017 Gelder zur Installation von Videokameras bereitstellen. Der Haushalt befindet sich zurzeit in der Beratungsphase und wird eventuell auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Somit besteht die Gefahr, ohne große gesellschaftliche Debatte und daher mit geringer öffentlicher Aufmerksamkeit oder überhaupt Bekanntheit der Pläne, die Weichen Richtung Überwachung des öffentlichen Raums in Darmstadt zu stellen. Eine Gefahrenanalyse oder eine Zielerklärung zur Situation am Luisenplatz liegen nach unseren Informationen nicht vor.

Das Studierendenparlament spricht sich gegen die Pläne zur Einrichtung öffentlicher Videoüberwachung der Grün-Schwarzen Stadtregierung aus. Videoüberwachung stellt grundsätzlich einen tiefen Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen da und ist in der präventiven Kriminalitätsbekämpfung kaum nützlich.

Das Studierendenparlament fordert darüber hinaus alle Studierenden an der TU Darmstadt auf sich für eine freie Gesellschaft zu engagieren und damit auch gegen einen Ausbau von Überwachungsmaßnahmen.

Überwachung ist Teil des Instrumentariums totalitärer Staaten, ist als Mittel der Kriminalitätsbekämpfung sowohl präventiv wie auch zur Aufklärung nur marginal nützlich, ist nicht vereinbar mit den liberalen Freiheitsrechten und kann zur Homogenisierung des öffentlichen Raums beitragen in dem abweichendes Verhalten (Drogenkonsum, 'Herumlungen' etc.) leichter sanktionierbar wird. Überwachung ist deshalb in der Regel und auch in diesem Fall abzulehnen.